



Regierungsratsbeschluss vom 19. Dezember 2017

Interpellation Nr. 135 Michael Koechlin betreffend Risiken und Nebenwirkungen der „No-Billag“- Initiative für den Kanton Basel-Stadt; schriftliche Beantwortung

P175411

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Eine Annahme der „No-Billag“-Initiative hätte negative Auswirkungen auf den Standort Basel und dessen Ausstrahlung innerhalb der Schweiz. Betroffen wären neben der SRG SSR auch die Veranstalter Telebasel und Radio X, bei denen Erträge aus dem Gebührensplitting einen massgebenden Anteil der Budgets ausmachen. Ein Wegfallen dieser Einnahmen würde zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen, vor allem aber dem Medien- und Kulturstandort schaden und die Angebots- und Meinungsvielfalt schmälern. Deshalb lehnt der Regierungsrat die „No-Billag“-Initiative ab.

